

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenbreite (Moffe's Zeilenmesser 14)
RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0,20. Amtliche Zeile RM 0,75
und RM 0,60. Restame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50 %. Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhessdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlitzsch, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nitzschberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Zugl. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 25

Montag, den 31. Januar 1927

79. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Am 27 ds. Mts. wurde die Beschäftigte Ramenz wieder mit 3 Warmblut-
hengsten befehrt.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 29. Januar 1927.

Das im Grundbuche für Pulsnitz, Blatt 207, auf den Namen der Frau Marie
Friederike Lucie verehel. Becker geb. Wehrle in Pulsnitz eingetragene Grundstück soll
am 25. März 1927, vormittags 9 Uhr

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 48,8 A groß und auf 72 000 RM geschätzt.
Es liegt auf dem Polzenberge, trägt die Flurstücksnummer 75 Pulsnitz und 319 des Flurbuchs
für Pulsnitz, besteht aus Wohngebäude, Küchenanbau, Fabrikgebäude, massivem Pagerschuppen
und Autogarage und ist zur Landesbrandversicherung auf 41 230. — RM eingeschätzt.

Die Einkäufer der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück
betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung
des am 17. Januar 1927 verlautbarten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht

erfüllt waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von
Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls
die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung
des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgegeben
werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des
Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigen-
falls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Amtsgericht Pulsnitz, den 24. Januar 1927.

Nachdem Einsprüche gegen die Festsetzung der Straßensperrlinie für die hiesige
Lange Straße — Pulsnitzbrücke bis Hauptmarkt — nicht erhoben worden sind, gilt diese
Straßensperrlinie auf Grund von § 27 des Allgemeinen Baugesetzes vom 1. 7. 1900
als festgestellt.

Pulsnitz, am 28. Januar 1927. **Der Stadtrat. — Baupolizeiamt.**

Das Wichtigste

Die „Grüne Woche Berlin 1927“ ist am Sonnabend eröffnet worden.
Die Postfachkonferenz verlangt neue Verpflichtungen, die Deutschland
vollkommen wehrlos machen.

England und Schottland sind von heftigen Stürmen, die sehr großen
Schaden angerichtet haben, heimgesucht worden.

Einer Meldung der Berliner Morgenblätter aus Kopenhagen zufolge,
hat in der Nacht zum Sonntag im Kattegatt und Lagerat ein
furchtbares Sturmwetter getobt. Vor und in Lagen sind große
Verderben angerichtet worden. Auch über Norwegen hat der
Sturm vielerlei Schaden angerichtet. Im norwegischen Fockeborg
herrschte Schneestürme. Bei Jämsund wurde ein Motorschiff mit
5 Mann Besatzung vom Orkan zum Scheitern gebracht.

Der Mörder des am vorigen Sonntag in seinem Geschäft ermordeten
Zuwelers Grebenau ist gestern verhaftet worden. Es ist ein Fried-
rich Schultheis aus Wilschheim bei Bad Nauheim, der erst vor
kurzem aus dem Zuchthaus entlassen worden ist. Schultheis leug-
net hartnäckig jede Beteiligung an der Tat, doch ist der Indizienbe-
weis erdrückend.

Nach einer Blättermeldung hat ein Verkehrsflugzeug gestern die 275 km
lange Strecke Paris — Brüssel in 1 Stunde 3 Minuten zurückgelegt.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Die nunmehr beendete Abrech-
nung) für die Weihnachtspflicht der Volksschule zeigt
folgendes Ergebnis: Eingenommen wurden 1543 M., aus-
gegeben für Garderobe, Bühnenmaterial und Bühnenaufbau,
Saal, Freisport, Musik, Druckkosten und Abgabe an den Ver-
lag 1272 M. Die Volksschule bucht außer dem Ueberchuß
von 271 M. noch als Gewinn für 200—250 M. farbige
Stoffe, die sich für verschiedene Gelegenheiten verwenden
lassen, und eine für sämtliche Schulkinder unentgeltliche
Weihnachtspflicht auf 14. 12. 26.

Pulsnitz. (Doppel-Militärkonzert.) Es sei
an dieser Stelle nochmals auf das morgen Dienstag im
Schützenhaus stattfindende Doppel-Militärkonzert besonders
hingewiesen.

(Anspruch auf Vorzugsrente) Können Anleihen-
besitzer auch in Zukunft noch erheben, wenn die erforderlichen Voraus-
setzungen vorliegen. Für Anträge, die im Jahr 1927 erhoben werden,
ist das Einkommen im Jahre 1926 maßgebend. Das Einkommen der
Antragsteller darf nicht mehr als 800 M. betragen. Ist die Ehefrau
Anleihenbesitzer und hat kein eigenes Einkommen, so wird ihr An-
spruch auf Vorzugsrente nur dann begründet sein, wenn das Einkom-
men des Mannes im letzten Jahre nicht höher als 1500 M. gewesen
ist. Ein Nießbraucher kann eine außerordentliche Vorzugsrente erhalten,
wenn a) der Nießbrauch an einem Ausleihungsrecht besteht, das der
gegenwärtige Eigentümer als Anleihenbesitzer oder als Rechtsnachfolger
seines verstorbenen Ehegatten oder eines verstorbenen Verwandten ersten
Grades erlangt hat, dem das Ausleihungsrecht als Anleihenbesitzer ge-
währt worden ist, b) der Nießbraucher ein bedürftiger im Inland
wohnender Reichsangehöriger ist (und zwar auch dann, wenn der Eigen-
tümer des Ausleihungsrechtes Ausländer ist, oder im Auslande seinen
Wohnsitz hat), c) der Nießbrauch von Todes wegen vor dem 1. Juli
1925 oder in der Absicht, den Nießbraucher auf Lebenszeit zu versorgen,
unter Lebenden vor dem 1. Juli 1920 begründet worden ist, d) der
Eigentümer des Ausleihungsrechtes mit der Gewährung der Vorzugs-
rente an den Nießbraucher einverstanden ist und e) der Eigentümer
für seine Person dauernd auf eine Vorzugsrente verzichtet. Der Antrag
auf Barablösung kann nur in der Zeit vom 1. Februar bis mit
31. März 1927 gestellt werden. Antragsberechtigt ist der Gläubiger
der bar abzulösenden Anleihe. Der Antrag kann sich nur auf
Anleihen des Reiches im Gesamtbetrag von weniger als 1000 M.
beziehen. Der Antrag ist an die Anleihenbesitzstelle bei dem Finanz-
amt zu richten. Das Einkommen des Anleihenbesitzers darf im Kal-
enderjahr 1926 nicht mehr als 1500 M. betragen haben. (§§ 39,
40 der dritten B. O. zur Durchführung des Gesetzes über die Ablösung
öffentl. Anleihen vom 4. 12. 1926 — S. 494 ff. d. RStBl.)

Auslandsstimmen zur Regierungsbildung

Der Reichspräsident bestätigt die Minister — Schreiben des Reichspräsidenten an die aus
ihren Aemtern scheidenden Minister — Die Wahlen in Thüringen

Die neue Reichsregierung.

Ganze sechs Wochen hat es gedauert, ehe es dazu kam,
daß das Deutsche Reich wieder eine Regierung hat, und es
bedurfte hingebender Anstrengungen seitens der Beteiligten,
die auseinanderstrebenden Parteien schließlich doch unter
einen Hut zu bringen. Besondere Verdienste hat sich der
Reichspräsident durch seinen wiederholten Ruf zur Einigung
erworben. Nun ist die Regierung gebildet, und sie stellt sich
dar als eine Regierung der bürgerlichen Parteien,
in der diesmal auch die Deutschnationalen vertreten sind.
Zu begrüßen ist die endgültige Regierungsbildung schon um
deswillen, weil uns dadurch die Aufregungen eines er-
neuten Wahlkampfes erspart geblieben sind, der sonst un-
ausbleiblich gewesen wäre. Wir haben in den letzten Jahren
gerade genug gewählt, und die Wahlmüdigkeit im
Volke ist unverkennbar.

Wenn wir Hergt und Schiele mitrechnen, so haben
wir es im ganzen mit sechs neuen Männern zu tun; völlig
neu ist der bisherige badijsche Staatspräsident Dr. Köh-
ler, der der Zentrumspartei angehört, und dem das Finanz-
ministerium nach längeren Verhandlungen zugefallen ist. Für
den als sehr tüchtig bewährten Reichspostminister Dr.
Stingl, der aus Gesundheitsrücksichten den Wunsch hatte,
nach Bayern zurückzugehen, hat die Bayerische Volkspartei
einen anderen Fachmann gestellt, den bisherigen Staats-
sekretär Schaeckel, dem ebenfalls ein vortrefflicher Ruf
vorausgeht.

Das Innenministerium, wie auch das Amt des
Vizekanzlers, wird befehrt werden von Eggelsen
Hergt, der der Deutschnationalen Volkspartei angehört.
Egg. Hergt steht jetzt im 58. Lebensjahre und ist Jurist —
zunächst als Richter tätig gewesen. Im Jahre 1902 trat er
als Regierungsrat zur Regierung in Hildesheim über, war
im weiteren Verlaufe Regierungspräsident in Liegnitz
und Oppeln und wurde noch unter der früheren Regie-
rung preussischer Finanzminister. Er bekleidete
diese Stellung vom August 1917 bis November 1918. Mit-
glied der Preussischen Volksvertretung war Egg. Hergt von
Februar 1919 bis Februar 1923; seit 1919 ist er Mitglied
des Reichstags.

Auch in dem Minister Graef tritt an die Spitze des
Justizministeriums ein Fachmann. Herr Graef ist
Amtsgerichtsrat, steht im Alter von 54 Jahren und
hat seine richterliche Tätigkeit ausschließlich in seinem thürin-
gischen Heimatland ausgeübt.

Das Verkehrsministerium ist dem Abgeordneten
Dr. ehrenhalber Wilhelm Koch-Düffeldorf zugefallen. Herr
Koch hat sich herausgearbeitet — er besuchte die Volksschule
und erlernte das Schreinerhandwerk. Nach dem Besuch
sozialer und volkswirtschaftlicher Kurse war er zunächst
evangelischer Arbeitersekretär im westfälischen Hagen und
leitete dann den Reichsverband Deutscher Staatsarbeiter und
Bediensteter; ferner ist er in der Gewerkschaft Deutscher
Eisenbahner tätig.

Das Landwirtschaftsministerium wird der Ab-
geordnete Martin Schiele übernehmen, der weiten Reisen
kein Unbekannter ist. Er ist selbst ausübender Landwirt —
sein Gut liegt bei Rathenow —, er war Mitglied des Kreis-
auschusses und Kreisdeputierter. Im Jahre 1925 trat
Schiele in das Kabinett Luther als Reichsminister

minister ein, schied aber mit den übrigen deutschna-
tionalen Ministern Ende desselben Jahres wieder aus der Re-
gierung aus.

Die vorgenannten vier Herren gehören sämtlich der
Deutschnationalen Volkspartei an.
Der bisherige badijsche Finanzminister und derzeitige
Staatspräsident Dr. Heinrich Köhler gilt als ein führendes
Mitglied der Zentrumspartei. Er steht im 49. Lebensjahre
und ist aus dem mittleren badijschen Finanzdienst hervorge-
gangen. Bereits im Jahre 1920 bekleidete er als Nachfolger
Wirths, seines engeren Parteifreundes, das Amt des Finanz-
ministers. Er gilt als überzeugter und sicherer Republikaner.

Der neue Postminister ist der jüngste der neuen Herren.
Er steht erst im 41. Lebensjahre; in seinem Heimatlande
Bayern genießt er den Ruf eines vorzüglichen Fachmannes
für das Postwesen. Besonders verdient hat er sich gemacht
um die Entwicklung des bayerischen Postautoverkehrs
wie um den Ausbau des automatischen Fernsprech-
wesens.

Wir wollen froh sein, daß die Krise vorbei ist und daß
das Deutsche Reich wieder eine feste Regierung hat. Es ist
leicht, Kritik zu üben — im allgemeinen Interesse des Landes
liegt es aber doch wohl, wenn solche Kritik jetzt zunächst ein-
mal zurückgestellt wird und die Taten der neuen Männer
abgewartet werden. Schließlich sind wir ein Volk von Bräu-
ern und aufeinander angewiesen. Da wäre es schon gut,
wenn die Parteiinteressen einmal hinter den Gesamtinter-
essen des Landes zurückgestellt würden — wenn's einem rich-
tigen Deutschen auch schwerfällt.

Daran ist ja im übrigen nicht zu zweifeln, daß die bis-
herige Außenpolitik keine Aenderung erleiden wird. Dafür
spricht ja schon die Tatsache, daß Dr. Stresemann Außen-
minister blieb und weiter der Umstand, daß die vom Zentrum
ausgearbeiteten Richtlinien von den Deutschnationalen
angenommen sind, die sogenannte Locarno-Politik also
weitergeführt werden wird.

Bezüglich der Innenpolitik darf registriert wer-
den, daß der Reichswehrminister Dr. Geßler auf
seinem Posten verbleiben ist. Er, der durchaus demokratisch
denkt, hat seine Mitgliedschaft in der Demokratischen Partei
niedergelegt. Man darf diesen Schritt wohl dahin deuten,
daß er durch den sonst nötig gewordenen Rücktritt von seinem
Posten der Reichswehr innere Unruhen ersparen, daß er
zum Ausdruck bringen will, daß die Reichswehr aus dem
partei politischen Getriebe herausgehalten werden muß. W.

Marg berichtet Hindenburg.

4 Berlin. Die am Sonnabend zusammengekommene
Reichstagsfraktion der Deutschen Volks-
partei trat vormittags zu einer Sitzung zusammen. Den
Verhandlungen wohnte auch der Parteivorsitzende Dr.
Stresemann bei. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Scholz
berichtete über die Verhandlungen in Sachen der Regierungs-
bildung und über den Besuch, den er dem Reichspräsidenten
abgestattet hat. Die Aussprache gestaltete sich sehr lebhaft;
auch Dr. Stresemann griff in sie ein.

Dr. Marg hat dann dem Reichspräsidenten Bericht er-
stattet, der auch den Fraktionsvorsitzenden der Deutschna-
tionalen, den Grafen Westarp, zu sich beschiedenen hatte. Es